

Liebe GEW-Kolleginnen und Kollegen

Die Partei DIE LINKE.Bremen begrüßt ausdrücklich eure Initiative, die demokratischen Parteien, die zu den Bürgerschaftswahlen 2011 antreten, mit dem von euch entwickelten 6-Punkte-Forderungskatalog zu konfrontieren und die Antworten in der Mitgliederzeitschrift mit dem Schwerpunkt „Bürgerschaftswahl“ zu veröffentlichen.

Wir kommen eurer Bitte um eine Stellungnahme bezüglich der GEW Forderungen auch sehr gern nach, weil wir im Laufe der jetzigen Legislaturperiode bei vielen Anlässen eine ganze Reihe gemeinsamer bildungspolitischer Forderungen in Bündnissen und Aktionen im parlamentarischen wie außerparlamentarischen Raum öffentlich vertreten haben.

Wir bitten euch, die detaillierten Forderungen zur Bildungspolitik dem angefügten Ausschnitt aus unserem Bürgerschaftswahlprogramm zu entnehmen.

Auf der Basis unterstützen wir die 6 Forderungen nachdrücklich.

1. Wiederbesetzung jeder frei werdenden Stelle in den Schulen und KiTas:

Wir werden uns in der Bürgerschaft wie auch als Partei in den kommenden Jahren dafür einsetzen, dass der Stellenabbau im gesamten öffentlichen Bildungsbereich endlich beendet wird. Die von uns scharf kritisierte rotgrüne Schuldenbremsen-Politik darf nicht auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen ausgetragen werden, vielmehr muss ein bildungspolitischer Schwerpunkt mit höchsten Ansprüchen haushaltspolitisch vorbildlich abgesichert und nachhaltig verfolgt werden. Deswegen steht „Mehr Geld für Bildung“ auf unserer Agenda weiterhin ganz vorne.

2. Senkung der Arbeitsbelastung:

Qualitativ hochwertige pädagogische Arbeit muss zukünftig einher gehen mit verbesserten Bedingungen, unter denen sie stattfindet, davon unabhängig ist die Arbeitsbelastung drastisch zu senken. Alle Unterrichtsverpflichtungserhöhungen sind sofort zurückzunehmen und die Arbeitszeit muss deutlich verkürzt werden. DIE LINKE.Bremen hat sich seit ihrer parlamentarischen Arbeit konsequent für die Verwirklichung lebenslanges Lernens eingesetzt. Hierfür sind gute Arbeitsbedingungen aller pädagogischen Fachkräfte von entscheidender Bedeutung; dazu gehört auch, dass ausreichend Kooperation und Austausch unter ihnen möglich ist und die Zeiten hierfür ausgeweitet werden. Obwohl wir den Willen der Landesregierung zu einer wirklichen, den bestehenden Koalitionsvereinbarungen entsprechenden Bildungsreform stark anzweifeln müssen, vertreten wir davon unabhängig die Position, dass bereits alle jetzt dahin gehenden Schritte mit einer deutlichen Entlastung der KollegInnen einher gehen müssen.

3. Priorität für Nachwuchsförderung:

Vor dem Hintergrund des bundesweit steigenden Bedarfs an pädagogisch hoch qualifiziertem Personal ist es für das gesamte Bremer Bildungssystem, d.h. in den KiTas, den Schulen, den Erwachsenen- wie Weiterbildungseinrichtungen sowie an der Universität und den Hochschulen überlebenswichtig, hier mit attraktiven Arbeitsbedingungen aufzuwarten.

Von einer neuen Landesregierung verlangen wir klare, dauerhafte Maßnahmen zur Absicherung einer Bezahlung, die der guten Arbeit in diesen Bereichen entspricht und mindestens bundesweiten Maßstäben entsprechen muss.

Für alle in Bremen in der Ausbildung befindlichen angehenden Fachkräfte muss der durch sie wahrzunehmende „bedarfsdeckende“ Einsatz reduziert und auf seine ursprüngliche Qualifikationsfunktion zurückgeführt werden.

Wir unterstützen gemeinsam mit der GEW alle Maßnahmen, die nach der Wahl eine Rücknahme der Schließung von Studiengängen bewirken – hier insbesondere solcher, die der pädagogischen Ausbildung dienen – bzw. deren Wiedereinrichtung und Ausbau. Gleiches muss auch für den Ausbau der ErzieherInnen Ausbildung in Bremen gelten.

4. Den Schulreformprozess positiv gestalten – begangene Fehler korrigieren:

DIE LINKE.Bremen hat 2008 mit dem Entwurf ihrer eigenen Schulgesetznovelle für den Umbauprozess des Bremischen Schulwesens zu einem einheitlichen, integrierten Gesamtsystem deutlich gemacht, dass es von entscheidender Bedeutung ist, die herkunftsabhängige Selektion durch Realisierung von Gemeinschaftsschulen („Eine Schule für alle“) zu beenden. Trotz anderslautender Festlegungen im rotgrünen Koalitionsvertrag hat diese Regierung dem Druck der CDU-Lobby nachgegeben: Mit dem „2-Säulen-Modell“ wurde die Oberschule eingeführt und den durchgängigen 8-jährigen Gymnasien gleichzeitig damit eine Bestandsgarantie verschafft. Die Oberschulen sollen demnach zu integrierten Systemen entwickelt werden.

DIE LINKE.Bremen fordert, dass auch für dieses Vorhaben an den beteiligten Schulen deutlich verbesserte personelle wie auch materielle Bedingungen zu schaffen sind. Dies muss selbstverständlich und in besonderem Maße geschehen, wenn der Anspruch, ein inklusives Bildungssystem zu schaffen, nicht zu bloßer Makulatur verkommen soll. So ist nach wie vor eine deutliche Senkung der Klassenfrequenzen angesagt, sind Demokratisierung und Teilhabe auf allen Ebenen längst überfällig und ist wohnortnaher Schulraum nachhaltig und ausreichend vorzuhalten.

5. Frühe Bildung ernst nehmen:

Eine zukünftige Landesregierung ist daran zu messen, inwieweit sie es mit dem Vorrang für Bildung der Kleinsten ernst meint.

DIE LINKE.Bremen verlangt, dass der Betreuungsschlüssel nicht unter zwei pädagogische Fachkräfte für 15 Kinder fallen darf. Bei den unter Dreijährigen muss bei einer Gruppengröße von maximal 8 Kindern die feste Zweitkraft ausfinanziert und stabil abgesichert und der Ausbau dieser Plätze zügig voran getrieben werden. Die vom Senat beschlossene Erhöhung der Gruppengröße von 8 auf 10 Kindern muss sofort zurückgenommen werden.

Zudem müssen alle erforderlichen zusätzlichen Hilfsangebote, die von einer unabhängigen Expertengruppe gemeinsam mit den Eltern und der Einrichtung festgelegt werden, in einer wohnortnahen Einrichtung zur Verfügung stehen.

6. Der sozialen Spaltung entgegenwirken:

Wirkliche Chancengleichheit erfordert die Verwirklichung des Rechtes aller Menschen auf Bildung. Dies bedeutet, dass Bildungserfolge für niemanden mehr von seiner sozialen Herkunft abhängig sein dürfen: Die Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist allein schon vor diesem Hintergrund schnellstens zu beenden. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist das Angebot muttersprachlichen Unterrichts. Dasselbe gilt für die gezielte Förderung von Kindern aus weniger „bildungsnahen“ Elternhäusern.

Dafür muss sich das Schulsystem grundlegend ändern und massiv in Bildung investiert werden.